Die Berliner Studentenzeitung

№14

UnAUFGEFORDERT

Am Kiosk Einheitspreis 70 Pf

Preis: 50 Pf *Für Nichtstudenten 100% Aufschlag* *21. Juni 1990*

Das Fragezeichen hat sich erledigt Foto: Kracheel

Das war's dann?

10.000 Studenten auf der Straße, eine Woche lang Mahnwache vor der Volkskammer, Resolutionen, Briefe an Abgeordnete, Gespräche mit Ministern - und am Ende: eine Entscheidung des Ministerrates, die weit hinter unseren Forderungen zurückbleibt. Und das gar nicht so sehr wegen der Höhe des Stipendiums: auf exakt 495,- Mark wäre es wohl niemandem angekommen. Vielmehr ist es das PRINZIP der Elternabhängigkeit, das nun per Dekret in der DDR (wieder) eingeführt wird.

Denn auch wenn es sich zunächst nur um eine vom Einkommen der Eltern abhängige Aufstockung des Grundstipendiums handelt, ist klar: Dies ist nur eine Übergangslösung, die Weichen für spätere Regelungen stellen soll, welche dann dem BaFöG immer ähnlicher sein werden. (Warum sollte man sich hier mehr Mühe geben als mit den ..zig anderen einfach übernommenen Gesetzen...) Und ganz egal, wieviel Stip beim einzelnen Studenten letztlich ankommt: das PRINZIP schreibt fest, daß er noch lange nach Erreichen der Volljährigkeit seinen Eltern auf der Tasche liegt. Und das ist selbst dann, wenn man "vom Normalfall familiärer Beziehungen ausgeht" (O-Ton Minister Meyer) - was man ja nicht tun muß - wohl nicht sehr angenehm und hat wohl auch kaum etwas mit dem Recht auf Emanzipation und Selbstbestimmung zu tun.

War's das jetzt? Das Semester neigt sich, der Urlaub lockt, Massenaktionen sind nicht mehr drin, Streiks würden nur noch die eigenen Prüfungen treffen... Resignation ist verständlich, aber nicht angebracht. Immerhin haben unsere Aktionen nicht nur die Studentenschaft, sondern auch die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert. Und: Neue Bedingungen erfordern neues Herangehen. Wenn die für den 21. Juni nach Berlin einberufene außerordentliche Konferenz der Studentenräte ein solches berät, sollte sie auch über neue Bündnispartner nachdenken, mit denen man im Herbst neue, größere Aktionen starten kann. Unternehmer und Politiker basteln schon lange an gesamtdeutschen Lobbys - für ein Zusammengehen der Studenten in Ost und West ist es höchste Zeit. Nur so haben wir am Ende - und nicht nur gegen BaFöG - wirklich eine Chance.

MALER

Die Aktionswoche - Photos, S. 3-10
Kommentare, Interviews S. 13
Der neue Dekan der Medizin S. 15
Wider das Vergessen S12
Post vom RCDS
Chaos an der Charité S. 14

Prominente zum Lehrkörper

Wenn ein Ausländer unser Universitätswesen kennenlernen will, so fragt er zuerst mit Nachdruck; "Wie hängt bei euch der Student mit der Universität zusammen?" Wir antworten: "Durch das Ohr, als Hörer." Der Ausländer erstaunt. "Nur durch das Ohr?" fragt er nochmals. Der Student hört... Sehr häufig schreibt der Student zugleich, während er hört. Dies sind die Momente, in denen er an der Nabelschnur der Universität hängt. Er kann sich wählen, was er hören will, er braucht nicht zu glauben, was er hört, er kann das Ohr schließen, wenn er nicht hören mag. Dies ist die "akroamatische" Lehrmethode.

Der Lehrer aber spricht zu diesen hörenden Studenten. Was er sonst denkt und tut, ist durch eine ungeheure Kluft von der Wahrnehmung des Studenten abgeschieden. Häufig liest der Professor, während er spricht. Im allgemeinen will er möglichst viele solche Hörer haben, in der Not begnügt er sich mit wenigen, fast nie mit einem. Ein redender Mund und sehr viele Ohren, mit halbsoviel schreibenden Händen - das ist der äußerliche akademische Apparat, das ist die in Tätigkeit gesetzte Bildungsmaschine der Universität. Im übrigen ist der Inhaber dieses Mundes von den Besitzern der vielen Ohren getrennt und unabhängig; und diese doppelte Selbständigkeit preist man mit Hochgefühl als 'akademische Freiheit'. Übrigens kann der eine - um diese Freiheit noch zu erhöhen - ungefähr reden, was er will: nur daß hinter beiden Gruppen in bescheidener Entfernung der Staat mit einer gewissen gespannten Aufsehermiene steht, um von Zeit zu Zeit daran zu erinnern, daß er Zweck, Ziel und Inbegriff der sonderbaren Sprech- und Hörprozedur sei.

Friedrich Nietzsche in "Über die Zukunft unserer Bildungsanstalten", 1872

EDITORIAL

Abgesehen von einer kurzen Schwäche nach der Nummer **vier** im Februar ist Nummer **vierzehn** nun die zehnte regelmäßig erscheinende UnAUFGEFORDERT in Folge. Ein Verdienst, der uns zu der Einsicht führte, uns vom Untertitel "erscheint regelmäßig in unregelmäßigen Abständen" endgültig zu trennen und uns nach freundlicher Auseinandersetzung mit der Konkurrenz den Ehrentitel "am regelmäßigsten erscheinende Studentenzeitung der DDR" zuzulegen (war nur leider nicht mehrheitsfähig).

Und all das soll nun abrupt enden? 104 Tage lang kein Student da, sie zu lesen, kein Prof., sich darüber zu ärgern, nicht mal 'n Drucker, sie zu drucken. Nur 104 Redakteure wollen nicht aufhören, sie zu gestalten.

Und nur deshalb werden wir demnächst (siehe Anzeige auf Seite 15) eine "Erstsemesterinfo" herausbringen, damit die Zeit, bis wir Nummer 15 in unseren zitternden Händen halten und mit leuchtenden Augen liebkosen können, nur schnell vergeht.

Es gibt nur ein Problem: Wir haben unsere IM's zwar fast überall, sicherer wäre es aber trotzdem, wenn sich jede Sektion überlegen würde, welche Tips sie den absolute beginners auf jeden Fall mit auf den (Bildungs-) Weg geben müsse. Seien's die langweiligsten Vorlesungen, die Schließzeiten der Cafés, die Vornamen der Professoren oder die private Telefonnummer des Sektionsdirektors...

Vielen Dank im Voraus! die red.

Rektor Fink und Di-Rektor Müller lesen den Offenen Brief, den wir in Nr. 13 auf dieser Seite veröffentlichten. Zur Erinnerung: Es ging um die Information über die Grundstücksprojekte der Unileitung. Leider war es Prof. Fink, der in den letzten Tagen ständig zwischen seinen eigentlichen Aufgaben und der Mahnwache vor der Volkskammer pendelte, noch nicht möglich, eine Antwort zu formulieren - was wir nur verstehen können. Foto: Kracheel

Impressum

Redaktion: Stefan Deutscher, Martin Fissel, Thomas Gensch, Andreas Hoppe, Uta Imke, Katrin Klein, Matthias Kolbe, Jens Kracheel, Susanne Müller, Bernhard Napiontek h.c., Katrin Neuhaus, Malte Sieber, Henrik Spieß, Uwe Tigör.

Kontakt: *postalisch* Katrin Neuhaus, Prenzlauer Allee 209, DDR - Berlin 1055; *Redaktionswohnung* Schönhauser Allee 50 QG (am U-Bf. Dimitroffstr.)

Herauswerfer: Studentenrat der Humboldt-Uni Berlin, Unter den Linden 6-8, Berlin 1086; Tel. 2093 2645

Redaktionsschluß: 18. Juni 1990, 13.04 Uhr

Satz: wir selbst Druck: AStA TU Berlin Lizenz: (36a) 5077B beim Magistrat von Berlin gedruckt auf Recycling-Papier

Nachdruck, auch auszugsweise, ist ausdrücklich erwünscht. Wir bitten aber um Quellenangabe und Belegexemplar.

Für alle Fakten besteht das Recht auf Gegendarstellung in angemessenem Umfang. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Kürzel werden nur von Redaktionsmitgliedern verwendet. Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich in zwei Wochen. Die Redaktionssitzungen sind öffentlich. Nächste (und vorerst letzte) am 26. Juni, 20 Uhr, in der Redaktionswohnung.

Konto: 6652-49-242102 (DDR-M); BfG, M.Kolbe, 2624780300 (DM)

Der D-Day!

Eindrücke von der Demo am 7. Juni

Da dachten pessimistische Exponenten der Studentenbewegung schon, nur sie selbst würden die Plakate noch lesen, die sie unentwegt produzieren. Der Anblick des Universitätshofes am Morgen des 7.6. belehrte sie eines Besseren. Auf dem schattigen Hof "sonnten" sich zu Recht die, die sich seit Monaten wie Extremisten in Isolationshaft vorkommen mußten, nur weil sie sich um die Interessen der Studenten kümmern.

Den Weg zur Volkskammer wies der Ü-Wagen. Daß der da war, ist einem intensiven Lernprozeß seit der letzten Studentendemo zu verdanken. Zunächst aber wirkte alles recht planlos. Anscheinend waren 8.000 Teilnehmer bei der Taktikdiskussion nicht erwartet worden. Typisch deutsch folgten die Studenten dem Auto; rechts von sich die Volkskammer, davor die Autos der "Neuverdiener" und ein lächerlicher Metallzaun - im Laufe des Vormittags als Diestels innere Bannmeile erkannt. Doch die Sturmtruppen waren diesmal am Ende des Zuges. Überrascht und ungläubig folgte auch die Spitze des Zuges. Ordentlich wurde das Gitter beiseite geräumt. Wo das nicht gelang, half die Polizei, wegen der Verletzungsgefahr und so. Sicherheitspartnerschaft, das ist kaum rein in die Polizistenköpfe und kann ganz so schnell, wie Innenverteidiger Diestel will, auch nicht wieder heraus. Vielleicht hält er deshalb auch soviel auf seine Stasiboys?

Kurz nach 9.00 Uhr hatte sich der Demozug dann vor der Volkskammer plaziert. Der Ü-Wagen kam ins Spiel. Nach kurzen Erläuterungen der Nahziele (Beeinflussen der Volkskammersitzung etc.) wurden erst mal die Abordnungen aus Jena, Leipzig, Halle, Erfurt und Magdeburg begrüßt. Erinnerte das noch etwas an Pfingsten '89, so war der erste Abgeordnete (NF) um 9.14 Uhr Beweis genug, daß sich etwas geändert hat. Nach seiner Zustimmung zu unseren Forderungen erinnerte er daran, daß wir doch auch bei anderen Anlässen auf die Straße gehen sollten. Die vielen demonstrationsbereiten Grüppchen spendeten Beifall, die Masse zählte in Gedanken die verpaßten Demos. Doch da war der Redner mit einer schönen grammatischen Kehre schon bei "Keine Gewalt".

Dann ertönte aus der militanten FDJ-Ecke das den Tag begleitende "Romberg raus". Bereitwillig stimmte die Menge ein. Daß jeder Verein bei solchen Veranstaltungen sein Süppchen kocht, ist verständlich, aber die FDJ hätte wohl besser (auch in Anbetracht ihres Mitgliederstands an der Uni) ihr Geld oder ihre GmbH's gezählt.

Nach dem zweiten Vertreter vom Neuen Forum beseitigte Rektor Fink dann die restlichen Zweifel am Gelingen des Aktionstages. Sein Engagement, die 68'er Träume, die ihm förmlich auf der Stirn standen, waren unentbehrlich. Seine Botschaft: "495 DM Stipendium NA KLAR!" Jetzt traute sich auch die Mehrzahl der Studenten daran zu glauben - der Rektor

Eine halbe Stunde vorher: Fast wie das O-Stadion bei den Stones

hatte es doch gesagt. Er riß alle mit. Rudi Dutschke wird wieder aufhören in seinem Grab zu rumoren, der Talar ist ab, Prof. Fink (wieder) daheim. Ungefähr das muß Rudi vorgeschwebt haben, als er vom langen Weg durch die Instanzen träumte.

Fink forderte vor allem die Unabhängigkeit der Studenten, die er als erwachsene Menschen begreift, und deshalb genügend Geld. Sein "alter Freund und Kommilitone" Walter Romberg war jedoch den ganzen Vormittag damit beschäftigt, mit Wurfpfeilen nach dem Porträt von Theo Waigel zu werfen und mit seinem Entscheidungsspielraum zu hadern.

Um 9.25 Uhr holte sich Konrad Elmer, Vorsitzender des Bildungsausschusses der Volkskammer, die ersten Pfiffe ab. Der SPD-interne Vorschlag von 400 DM Stipendium (natürlich in/an der Wirklichkeit gescheitert) wurde verbuht.

Eine Chinaresolution der Studenten folgte. Immer wieder ergriffen Studenten das Mikrophon und beleuchteten die Gründe für ein 500-DM-Stipendium, z.B. eine Studie, die für den Lebensunterhalt in der BRD ohne Wohnung und Luxus 675 DM als notwendig erachtet. Um 9.52 Uhr waren die ersten massiven Abwanderungen zu erkennen. Offensichtlich geht es einigen Studenten besser.

Der parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium berief sich sicher nicht zu Unrecht auf den angeschlagenen Haushalt. Doch die an Mielkes Rente angepaßten Abgeordnetengehälter entzündeten immer wieder den Zorn der Masse. Eine rechte Begründung für sie gab keiner der Volksvertreter. (Kritik an den eigenen Bezügen gab es in der Woche danach von der SPD-Ministerin Hildebrandt.) Kurz vor 10.00 Uhr war dann zum ersten Mal vom nachgebesserten Modell zu hören. 280-DM-Stipendium + sozial motivierte Zuschlä-

Fortsetzung auf Seite 4!

Die Bannmeile wird außer Kraft gesetzt Foto: Kracheel

Fortsetzung von "D-Day!"

ge und Beibehaltung aller bisherigen Zusatzstipendien. Ein Sturm der Entrüstung war die Antwort und das ungewisse Gefühl von Macht:

Das war doch schon wer,
dieser Staatssekretär.

Die Volkskammersitzung begann, der Plan zum Sturm des Palasts wurde öffentlich bekannt gemacht, doch das trojanische Pferd (15 Studenten mit Besucherkarte) enttarnte sich zu früh. Zwar wurden die Hinterbänkler der Volkskammer medienwirksam mit Flugblättern eingedeckt - eine Aktion, die es bis in den Wochenspiegel der ARD schaffte - doch die Palastbesetzung wurde verhindert. Den trojanischen Versagern droht jetzt auch noch ein zivilrechtliches Verfahren.

Nun wurde es aber auch Zeit, daß endlich Minister erschienen. Als erstes kam der sanftmütige Schwarze für die Sicherheit. Er kündigte an, daß diese Demonstration der letzte Fall von versuchter Erpressung sei, dem dieses erste, frei, gleich, ... (es folgten noch drei Adjektive, doch der Chronist versagte) gewählte Parlament ausgesetzt werde. Erster Gedanke: "Oh Schreck, macht Wolfgang Ullmann seinen Geheimplan wahr und verlangt den Artikel 23 sofort?" Wütende "Rücktritt, Rücktritt"-Rufe löste des Ministers Stasi-Leibgarde aus. Die standen in bekannter Kleidung und Manier in der Menge und verzogen erst eine Miene, als Minister Diestel sich in Gefahr wähnte und ein Student ihm über das Mikrophon mitteilte: "Aber Herr Diestel, Sie sind doch nirgends so sicher wie hier." Danach schmunzelten die Herren fünf Minuten lang.

Rektor Fink erklärte derweil dem Landwirtschaftsexperten Diestel, daß die Definition der Bannmeile nicht im Grundgesetz zu suchen ist, sondern im Mittelalter. Sie diente dazu, Zigeuner, Juden und Aussätzige von der Stadt fernzuhalten. Doch unser Innenminister leidet offensichtlich an Durchblutungsstörungen - er wurde jedenfalls nicht rot.

Zwischendurch war unser Rektor immer wieder dabei, den Ministern oder Abgeordneten (teilweise nur seinetwegen erschienen) zu erläutern, warum, und zu fordern, daß wir 495 DM brauchen - mindestens. Bildungsminister Meyer stand relativ gut da mit seinem vom Finanzministerium abgelehnten Plan (350 M). Um 10.53 Uhr forderte Rektor Fink die Änderung der Tagesordnung in der Volkskammer, wo immer noch keine Einigkeit über Honigpreise und -menge im zweiten Halbjahr 1990 herrschte. Doch das gelang nicht. Auch in der aktuellen Stunde hatte Konrad Weiß keinen Erfolg.

Eine parlamentarische Runde traf sich dann mit Studenten. Außer Fastzusammenstößen mit der Polizei ohne Ergebnis. Kurz vor Schluß brachte Rektor Fink seinen Freund Dr. Romberg doch noch in den Ü-Wagen. Der Finanzier erläuterte nochmal das Modell 280 DM mit den sozialen Nachbesserungen. Hinterher diskutierten beide noch heftig im Ü-Wagen, und ihre Freundschaft schien belastet, als Romberg die Demo verließ. Um halb zwei mutierte diese dann zur Mahnwache.

T.G.

CHRONIK EINER NICHT

Die Ereignisse vom Donnerstag wurden von **T.G.** ja schon recht ausführlich beschrieben (D - Day). Wie's am selben Tag noch weiterging und was bis zum Red.-Schluß noch geschah und woran wir uns noch erinnern können, haben wir versucht in einer kurzen Chronik zusammenzustellen.

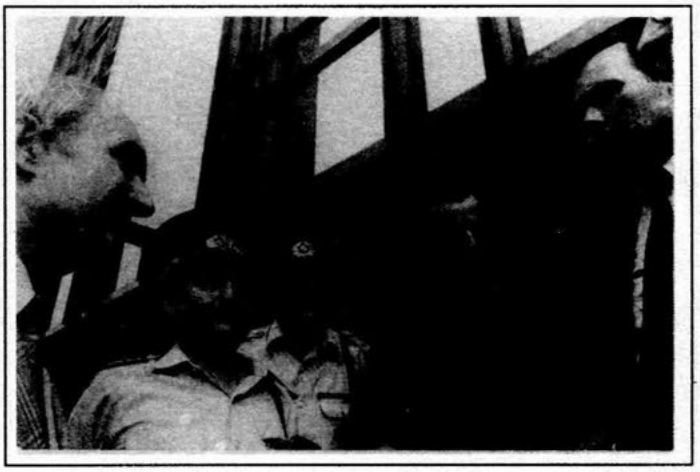
Donnerstag, 7. Juni

***nachmittags**, vor der Volkskammer:*

* Aufzug von ca. 35 Bereitschaftspolizisten, um das ordnungsgemäße **Säubern der Kammerfenster** des Volkes zu gewährleisten
* Auftritt von Jens Reich, später auch Wolfgang Ullmann - erregte Diskussionen mit den Demonstranten
* **Verhandlungen mit der Polizei,** da Frau Bergmann-Borsig Räumung bis außerhalb der Bannmeile angeordnet hatte, Kompromiß: die Mahnwache wird auf die andere Straßenseite ziehen

auf dem Unihof:

* derweil spielen Herbst in Peking und andere Bands vor einer kleinen Schar müder Revolutionäre tumkämpfte Straßenseite und richten sich vor



dem Berliner Dom ein. Polizisten beginnen mit Absperrung der Sraße.

***Im Laufe des Tages**, vor dem Berliner Dom*

* Versuch der Verhinderung einer weiteren Demonstration während der Volkskammertagung durch die Polizei
* **Fink und Ullmann** setzen bei Diestel durch, daß die Mahnwache zugänglich bleibt. Diestel droht Fink bei dieser Gelegenheit ein Verfahren wegen schwerer Nötigung an.
* vor der Absperrung: Streitgespräche mit div. Volkskammerabgeordneten.

***abends**, immer noch vor der Volkskammer:*

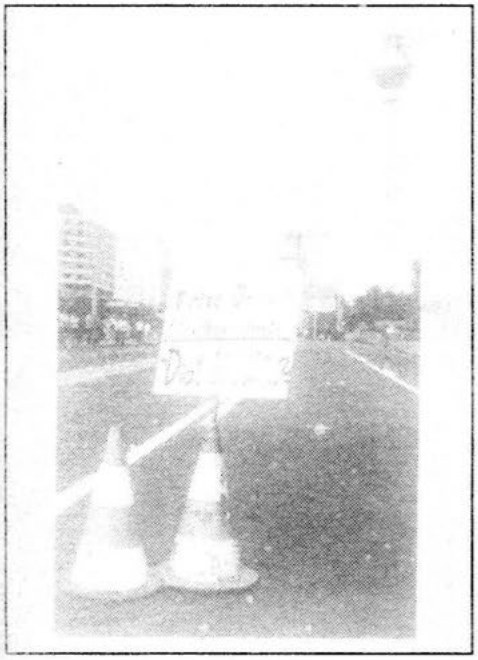
* Forum mit (Stell)-Vertretern der Minister für Bildung und Finanzen (sülz, blah, buh)
* weitere Verhandlungen mit Polizei (diesmal sogar mit dem Präsidenten von Berlin höchstselbst), die sich bisher trotz der angekündigten Räumung zurückgehalten hat: kleiner Erfolg, die Mahnwache bleibt bis morgens 6 Uhr vor der Volkskammer
* ungefähr 70 Studenten, in Charité- Decken gehüllt, verbringen die Nacht schlafend, lernend, liebend (?)auf den Stufen

Freitag, 8. Juni

***5.45 Uhr**, immer noch vor der Volkskammer*

* Vollbesetzte Bereitschafts- und Krankenwagen mahnen die Wachenden zum Aufstehen, auch die vom 7./8. Oktober bekannte Räumtechnik fährt auf
* Punkt 6 Uhr: Die meisten Studenten verlassen freiwillig die glücklicherweise nur mit Worten so har-

ANGEKÜNDIGTEN AKTIONSWOCHE



50 Leuten besetzt.

Mittwoch, 13. Juni

im Hauptgebäude

* Soziologiestudenten vernageln das Tor zur Uni. Rektor Fink gibt jedoch die Zweideutigkeit des Symbols der verschlossenen Türen (und Mauern) zu bedenken und grüßt in "alter Solidarität", woraufhin ein Torflügel wieder geöffnet wird.
* Unterschriftenaktion der Mitarbeiter im Foyer. In wenigen Stunden solidarisieren sich über 400 Mitarbeiter mit den Forderungen der Studenten.
* Das StuRa-Büro erfährt über Umwege von dem Ministerratsbeschluß (Grundstip 280 M, siehe S. 10). Fünf StuRa-Mitglieder gehen daraufhin in den Untergrund.

abends, vor dem Dom

* Aktionsfete mit Bands aus Ost- und Westberlin. Gerhard Schöne erscheint unaufgefordert und gibt ein halbstündiges Konzert vor etwa 1000 Leuten.
* Je später der Abend... aber Bildungsmini Meyer

* danach: lauschige Nacht mit Gitarrenklängen - Massenübernachtung vor dem Dom

Wochenend' ohne Sonnenschein 9./10. Juni

* Mahnwache wird fortgesetzt, Verstärkung durch Studenten der umliegenden Fachschulen. Dauerregen.

Montag/Dienstag 11./12. Juni

StuRa-Büro

* nach mehreren Kontakten mit Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne sowie PDS scheint eine "Aktuelle Stunde" in der Volkskammer möglich; Frau Bergmann-Pohl und die Volkskammerfraktionen erhalten Briefe, in denen die studentischen Forderungen erläutert werden.
* Vorbereitung einer Aktionsfete vorm Dom, Einladung der Abgeordneten aller Fraktionen.
* **Die Mahnwache ist weiterhin ständig mit ca. 50 Leuten besetzt.**

Donnerstag, 14. Juni

StuRa-Büro

* nach wie vor Kontroversen um das weitere Vorgehen: Weitermachen oder geordneter Rückzug?
* Einberufung einer landesweiten Studentenrätekonferenz für den 21. Juni nach Berlin
* Die Polizei hat die Bannmeile für die heutige Volkskammersitzung voll im Griff. Den etwa 500 Studenten bleibt nur der lautstarke Protest von der anderen Straßenseite

Freitag, 15. Juni

* Fünf Studenten erleben die "Aktuelle Stunde" der Volkskammer hautnah mit (siehe Leidensbericht S. 6/7), mehrere Hundert vorm Dom live per Fernseher
* Studentenrat verteilt "Symbolische Exmatrikelanträge"
* Die für 14 Uhr geplante Demo zum Ministerrat scheitert an der Fortdauer der Kammertagung und zu geringer Beteiligung. Es wird nach "harten Flügelkämpfen" beschlossen, lieber massenhaft (Massenhaft, genau!! d. säzzarIn) vor dem hohen Haus präsent zu bleiben.
* Nach langen Debatten steht fest: Die Mahnwache bleibt. Jetzt aufzuhören sähe wie Kapitulation aus. Vor allem Fachschulstudenten erklären sich bereit, bis nächsten Donnerstag (Rätekonferenz) auszuharren.

Sonntag, 17. Juni, kurz nach der Entscheidung der Volkskammer gegen die sofortige dt. Einheit.

In tiefer Trauer -

***casa nova* & MALER**

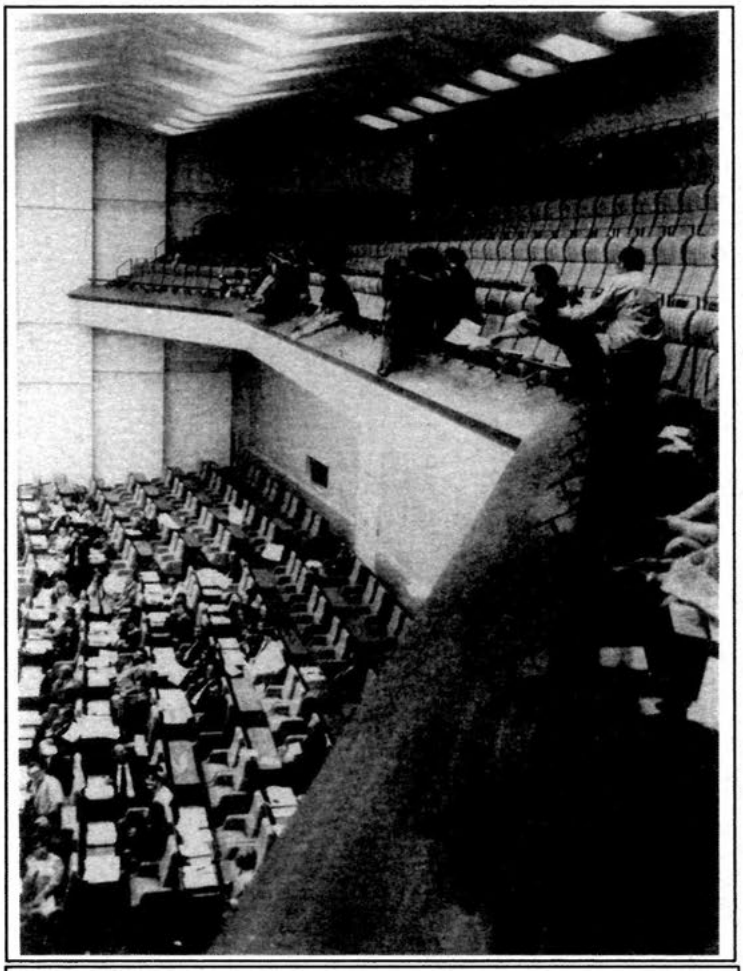
macht mutlos. Das *"derzeit Machbare"* seien eben nur 280 Mark; Prof. Fink warnt vor Hunger- und Prüfungsstreik

Fotos Seiten 6/7: Kracheel (6), Sprenger (1)

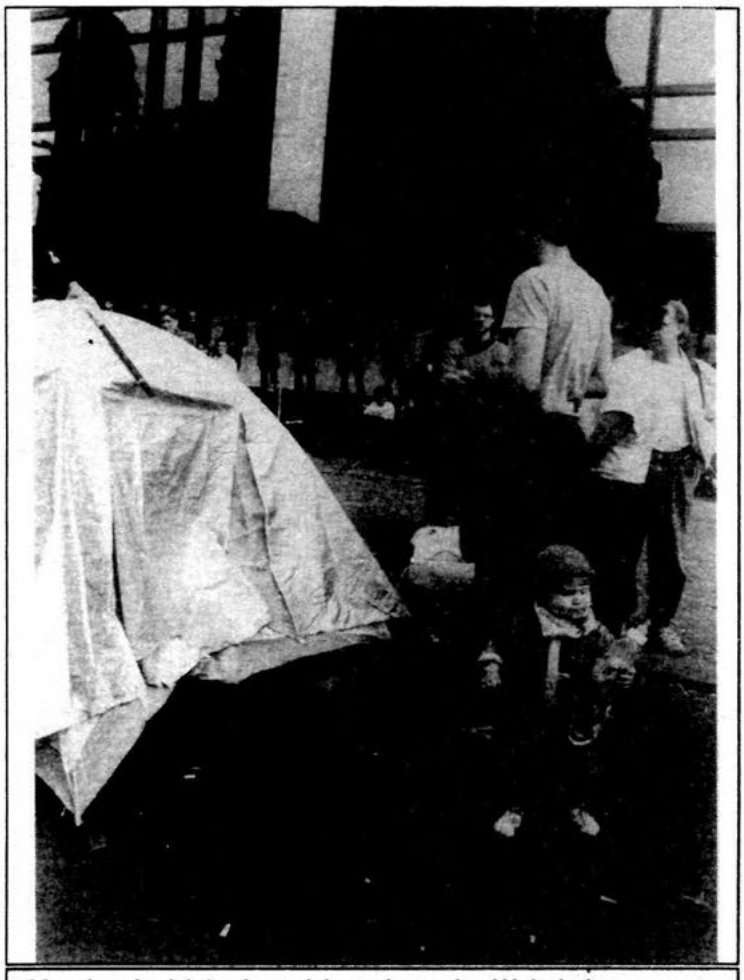
"Eine Revolution ... gehört niemals dem ersten, der sie beginnt, sondern immer dem letzten, der sie endet und wie eine Beute an sich reißt."
Stefan Zweig, Joseph Fouché

JAMMER - KAMMER IN BANN(m)EILE

7. Juni, 10 000 Studenten besitzstreiken Kohls geVolkskammer und zeigen dem Hohlen Haus und seinen Gesalbten, was sie von ihnen zur Zeit halten und demnächst erwarten.
Die nun waren nicht untätig - zu deutlich noch schienen sich wenigstens einige zu erinnern, wie schnell eine Regierung verschlissen und wegdemonstriert ist; warum das unlängst so geschah, haben sie offensichtlich schon vergessen. [Waren ja wohl auch nicht allzuviele mit dabei - d.säzza.] "Was tun, sprach Zeus, die Welt ist schon vergeben - und die Götter bekotzen den Olymp"... - sie erfanden die Bannmeile, eine Sache, die wir in den letzten vierzig Jahren der Knechtschaft vermissen mußten. Doch nun geht es bergauf. Welch Meile zugrunde liegt, die Seemeile (1.8 km), die englische (1.6 km) oder die preußische mit immerhin 7:5 km, weiß leider keiner, aber Rektor Fink wußte, daß sie ein Relikt des Mittelalters ist. Traditionspflege eben.
Ja, Fink ist ein Querulant - er weiß nicht nur, er sagt's auch übern Ü-Wagen und gewinnt damit noch mehr Vertrauen beim Volk, aber nichtmal 'ne(n) Diestel, geschweige einen Blumentopf bei des Volkes Kammer. Im Gegenteil - ihm wurde ein Ordnungsstrafverfahren angedroht, von Mini. Diestel, wegen "schwerer Nötigung"!
In der Tat, was Fink tat, war schwer nötig.
Ich hoffe nur, daß auch Westberlins Wissenschaftssenatorin nach der Wiedervereierung ihr Verfahren kriegt, stellt sie sich doch öffentlich hin und sagt einfach, wir sollten mindestens 495,- DM Stip bekommen!
Was nimmt die sich - was nehmen die sich denn alle plötzlich heraus?! Nach der ersten freien unvergleichlichen Demo - naja, kennen wir ja aus'm Radio - nach der jedenfalls haben die Leute seelig der oder mit etwas Glück den DM entgegenzulächeln und die Schnauze zu halten! Uns Innereien-Minister duldet jedenfalls nicht noch mal, daß wer die Kammer bei der Diskussion um Staatswappen oder Honigpreise stört. Im Namen des Folgens!
Und überhaupt - wer ist eigentlich DAS Volk?! Die 130 000 Studenten offenbar nicht, warum sonst hätte gerade ihr Erziehungsberechtigter, der Erwachsene Fink, die Strafe zu fürchten, und nicht die 10 000 Studenten? Ich glaube, die nehmen uns nicht ernst... Vielleicht wird uns auch als Strafe das Wahlrecht entzogen, mit Volkskammermehrheit und so? Nach dem Motto: "Wer kein Stip mehr hat, wählt zu weit links von der CDSU, und wer hier Bürger ist, bestimmen wir..." Wie im alten Griechenland, wo Bürger war, wer Schwanz und Wohnsitz hatte. Und das war doch demokratisch, oder ?
Fazit: Der Output zählt, und den hat der Jammerladen wohl kaum.
Da kommt höchstens warme Luft, und die verpufft noch in der Bannmeile...
Stecher



Die Szene, die es bis in den Wochenspiegel der ARD brachte...



"Manchmal reicht's eben nicht mal, um das Wohnheim zu bezahlen." Fotos: Kracheel (1), Füller (1)

Bannmeile: die Umgebung eines Ortes im Umkreis einer Meile; um mittelalterliche Städte zur wirtschaftlichen Beherrschung der Umgebung (z.B. duch Gewerbeverbote.)

Bannkreis: Umkreis um ein Gebäude eines staatl. Gesetzgebungsorgans, der (bes. zur Unterbindung von Demonstrationen u. öffentl. Kundgebungen bei Parlamentssitzungen in kapitalist. Staaten) unter besonderen Schutz gestellt ist.

Quelle: Meyers Lexikon, 1956

PALAVER
IM HOHLEN HAUS
Aktuelle Stunde in der Volkskammer zur Lage der Studenten

An solchen Tagen kann ich verstehen, warum die Leute damals in die RAF gegangen sind. Man sollte, wenn man im Gesellschafts-(ehemals Staatsbürger)kundeunterricht über die Wurzeln des Terrorismus spricht (so man das überhaupt tut), die Schulklassen für eine Stunde auf den Besucherrang der Volkskammer setzen - anschaulicher geht's nimmer.

Daß diese Aktuelle Stunde zu den sozialen Problemen der Studenten überhaupt stattfand, ist wohl vor allem deren Demo am 7.6. und ihrer anschließenden ständigen Präsenz vor dem Hohlen Haus zuzuschreiben. Noch sind die Volks-Kammeraden nicht so abgebrüht, daß ihnen außerparlamentarischer Druck gänzlich gleichgültig ist. *Wie* diese Debatte allerdings über die Bühne des Hauses ging, das könnte das beste Kabarett nicht nachahmen.

Schon der Anfang: Ein Palaver um Tages- und Geschäftsordnung, wie es weiland nicht mal das Konzil der Humboldt-Uni fertiggebracht hat *[und das will was heißen! - sázza]*. In bewährter Inkompetenz allen voran: unsere liebe Sabine Bergmann-Hohl, diesmal in zartlila. Wär' nicht ein Mann gekommen / hätt' sich ein Herz genommen / wer weiß. Vize Höppner schien als einer der wenigen Abverordneten wirklich mal die Geschäftsordnung gelesen zu haben.

Was dann von den meisten Fraktionen als Sozialpolitik für die Studenten angeboten wurde, zeugte von einem eigenartigen Politikverständnis: man nehme den/die studierende(n) Tochter/Sohn, oder, wenn nicht vorhanden, die reichhaltigen Erfahrungen der Groß- bzw. Urgroßeltern vom Studieren, verallgemeinere diesen Befund kurzerhand auf alle derzeitig Studierenden der DDR und gebe das Ergebnis der tiefschürfenden Analyse als alleinseligmachende Bildungspolitik aus. Das ist um so einfacher, als Studenten zu der Debatte nicht zugelassen waren; es war schon enorm, daß das Präsidium dem Verlesen einer von Studenten der Mahnwache und dem Republiksprecherrat verfaßten Erklärung durch Vizepräsident Höppner zugestimmt hatte.

So konnte sich eine Dame von der PDS, die angeblich Studentin und daher von ihrer Fraktion vorgeschickt worden war, als erste Rednerin in sympathischer Einfalt und mit dem rhetorischen Charme einer Nudelrolle als Vertreterin der Studenten präsentieren. Sie solidarisiere sich mit deren Forderungen - was man ihr angesichts ihres Aufputzes, dem offensichtlich ihr erstes Abgeordnetensalär zum Opfer gefallen war, auch sofort abnahm.

Mit dem Slogan "Existenzdruck fördert Eigeninitiative" und ähnlichen Sprüchen überholte DBD/DFD-Sprecher Helm die Regierung in eindrucksvoller Manier von rechts. Deutsche Bodenständigkeit und eine leichte Grammatikschwäche kennzeichneten seinen Appell an die Studenten: "Ein Mensch, der will, schafft mehr wie zehn, die müssen."

Ähnlich tönte es aus der Ecke von CDU/DA und Liberalen. Die Studenten könnten doch arbeiten gehen, wenn sie denn unbedingt selbständig sein wollten. Daß das bei nach wie vor knapp bemessener Regelstudienzeit (die lt. Minister Meyer auch beibehalten werden soll) schwer möglich ist, wurde geflissentlich übersehen. Außerdem konnte man sich schlechterdings kaum Eltern vorstellen, die ihren Kindern nicht gern ein Studium finanzieren. "Ich liebe meinen Sohn, und er liebt mich", gewährte uns Herr Ortlip von der Bewegung "EsistFrühlingundwirsind(so)frei" einen aufschlußreichen Blick in sein harmonisches Familienleben. (Wie wär's übrigens mit dem traditionsreichen Motto "Ich liebe euch doch alle" anstelle des häßlichen leeren Flecks an der Stirnwand der Kammer?)

Solidarität beginnt eben in der Familie, fand auch DSU-Prof. Walter, um gleich noch seinen Urahnen als Zeugen aufzurufen. Schließlich sei es doch besser, von den Eltern als vom Staat ("sozialistische Gleichmacherei"!) abhängig zu sein. Der Mann schien, obwohl Professor, in Logik nicht die besten Abschlüsse gehabt zu haben.

"Verdammt, schon wieder verschlafen" Foto: Harre

Einer der wenigen, die auch konkrete Ideen in ihre Ausführungen einflochten, war Bündnis 90/Grüne-Vertreter Pietsch. Aus dem Verteidigungshaushalt, dem Abbau der Auslandsvertretungen und dem Vermögen der Blockparteien könnten Reserven für die Erhöhung der Stipendien fließen. Auch sollte man den unsicheren Arbeitsmarkt nicht zusätzlich mit jobsuchenden und lohndrückenden Studenten überfluten. Ein gängiger Kompromiß zwischen Familienverantwortung und Elternunabhängigkeit, so Pietsch nach der Sitzung in einem Gespräch, sei jedoch nur zu haben, wenn der Staat sich das Geld über Steuern von den Eltern hole und der Student es sozusagen auf einem Umweg bekäme. Dies setze allerdings eine Reform des Steuerrechts, das derzeit von der BRD übernommen werde, voraus.

Von belächelten Anfragen aus den PDS-Reihen und Zwischenrufen á la "Die kommunistische Scholastik muß weg" von rechts begleitet, holperte die Debatte vor sich hin, bis alle Parteien ihrer Pflicht Genüge getan und Minister Meyer das Schlußwort sprach: Er sei, wie sein Kollege Romberg, mit der vorliegenden Regelung nicht zufrieden, sie sei aber das derzeit Machbare. Bei einer Veränderung der Bedingungen würden die Stipendien dem sofort angepaßt werden. Auch sei die Regierung bemüht, die Mensen- und Wohnheimpreise stabil zu halten (wie lange noch?) und die Rechtsträgerschaft bei Wohnheimen zu sichern. Ohne konkrete Zahlen zu nennen, wies er darauf hin, daß bei uns sehr viel mehr Studenten von der elternabhängigen Aufstockung profitieren würden als in der BRD, wo derzeit nur 22% BaFöG bekommen. Aus diesem Grund hatte sich bereits vorher Finanzer Romberg gegen die einfache Übernahme des BaFöG gewandt und eine Kombination bewährter Elemente aus DDR- und BRD-Regelungen befürwortet. Ob sich allerdings da noch jemand die Mühe machen wird, ist angesichts des derzeitigen Vereinigungs-, Verzeihung: Anschluß-Tempos sehr fraglich.

Ein Fazit ist schwer möglich. Die Aktuelle Stunde bleibt ohne konkretes Ergebnis. Alle sagen ihre Meinung, benutzen die willkommene Gelegenheit, den anderen vorzuwerfen, in der falschen Partei zu sein, und gehen ohne eine Entschließung oder wenigstens eine Orientierung für die Regierung zur Tagesordnung über. Soll man sich nun wünschen, daß das Thema Studenten in diesem Haus noch mal eine Rolle spielt? Ich bin jedenfalls nicht sicher, ob ich nicht eher für den sofortigen Anschluß nach Artikel 23 bin.

MALER, 15. Juni 1990

(Die red. behält sich vor, M. wegen mutmaßlicher Beeinflussung von Abgeordneten zu verklagen. Sonntag, 17 Juni 1990, 17 Uhr)

UnAUF-Interview mit Oberrat Heinemann

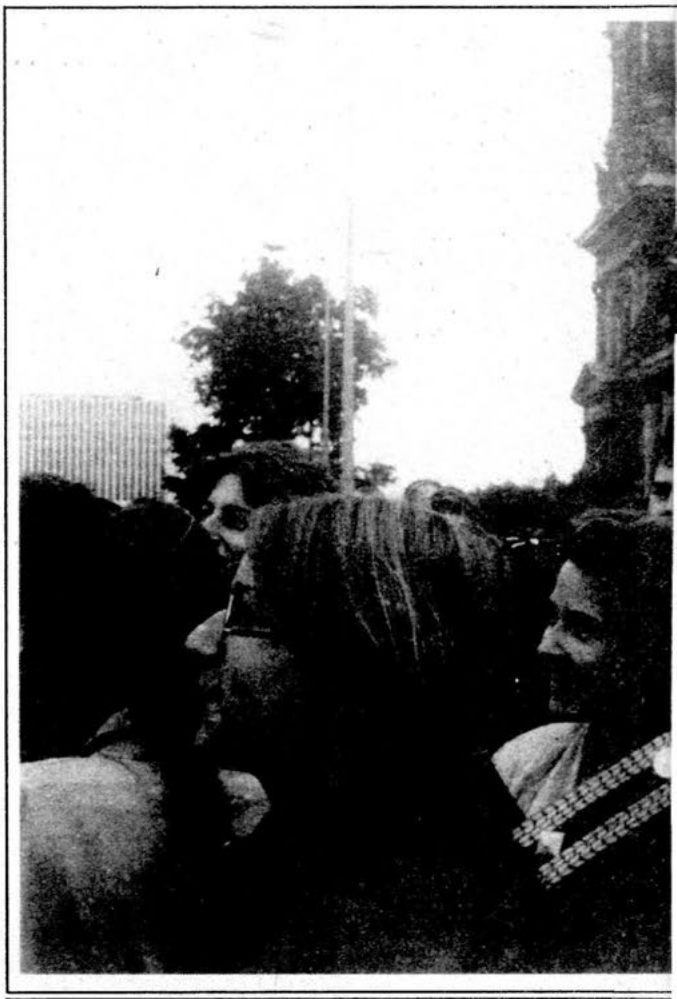
"Wir haben nicht vor, die Leute zu verprügeln"

UnAUF: ***Was glauben Sie denn, daß wir auch außerhalb der Bannmeile gehört werden?***
Heinemann: Ich bin der Meinung, daß Sie einen Rat beauftragen könnten, eine Forderung zu schreiben , die Sie dann an die Abgeordneten herantragen.
UnAUF: ***Das haben wir bereits getan. Wir haben einen Republiksprecherrat gegründet, wir haben Briefe an de Maizière und den Finanzminister geschickt - aber alle ohne Antwort.***
H.: Dann ist es eigentlich Ihr Recht, Ihre Forderungen zum Ausdruck zu bringen, so wie Sie es hier getan haben.Es geht uns ja auch nicht darum, irgendwelche Knüppel zu zücken und draufloszuschlagen, da ist keiner hier der Meinung, es muß nur eben - wie auch unser Innenminister sagt - gewährleistet werden, daß die Volkskammer ordnungsgemäß tagen kann.Und wenn der Auftrag der Regierung kommt, den Platz vor der Volkskammer zu räumen, dann tun wir das erst mit der *Bitte*, mit der*Aufforderung*. Man kann auch geschlossen vorgehen, ohne den Schlagstock zubenutzen.
UnAUF: ***Aber Sie sind doch ziemlich stark ausgerüstet, Schlagstöcke, Stahlhelme - haben Sie mit einer Eskalation gerechnet?***
H.: Wir sind gegen jede Art von Extremismus, ob von links oder von rechts. Und wenn hier friedliche Studenten demonstrieren, dann werden wir auch nichts dagegen tun, aber wenn sich irgendwelche Skinheads oder andere Gruppen dazugesellen, dann kann es natürlich eskalieren. Und wir wollen vor allem auch die Leute schützen, die hier ganz friedlich 'ne Demo machen.
UnAUF: ***Wir werden ja jetzt mit der Mahnwache beginnen, einige Kommilitonen werden heute nacht hier auch Ihre Schlafsäcke ausrollen. Wie werden Sie sich dazu verhalten?***
H.: Ich glaube, daß man mit Gewalt diese Problematik nie lösen wird. Gerade die Studenten,die späteren Wissenschaftler, leidenden Kater *[hähä - der sässa]* sein werden, mit denen wird man sich doch vernünftig unterhalten können. Ich kenn doch selber das Problem. Ich habe auch zwei Töchter, die jetzt anfangen zu studieren. Sie werden auch nicht mit 200 Mark im Monat unter den Umständen der freien Marktwirtschaft auskommen. Ich glaube nicht, daß man hier ankommt mit einer Einsatzhundertschaft und die Leute wegträgt. Also ich würde es nicht machen. Auch aus diesem Grund heraus. ***(gekürzt)***

für UnAUFGEFORDERT fragten S. Deutscher und U. Tigör

Was ist schon Dienstsport gegen Unisport!

Schwie



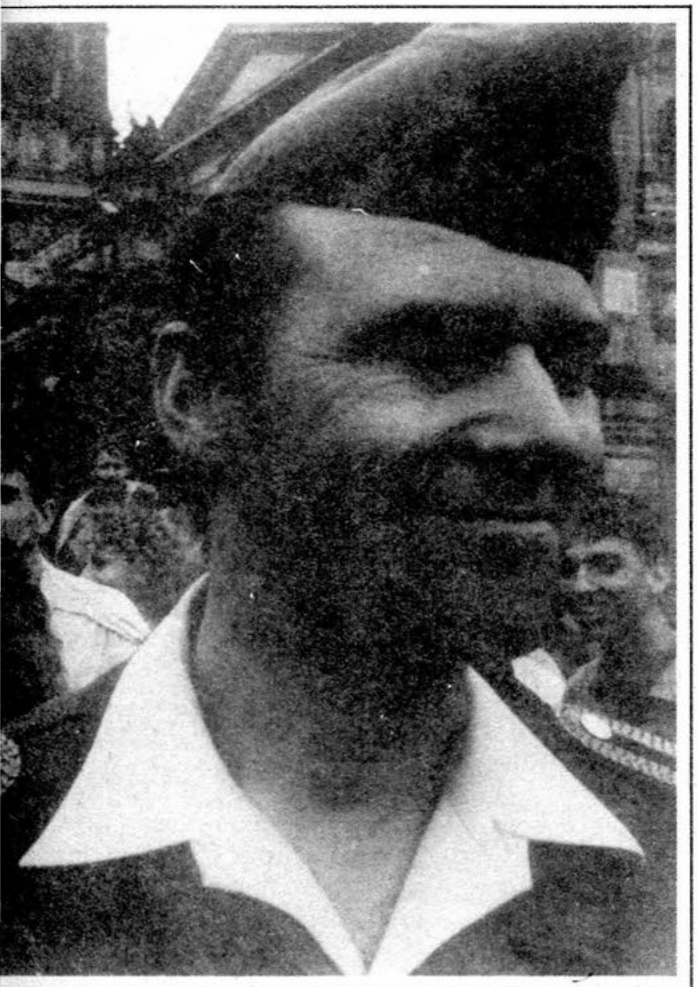
Ein Stück in zwei Auftritten

1. Auftritt
Ort: Demo vor der Volkskammer
Zeit: 7. Juni, nachmittags
Es treten auf: 1 Offizier der Volkspolizei, 1 Student

Student : Warum sind denn hier so viele Polizisten?
Polizist: Ich bin doch nicht der Einsatzleiter.
S: Aber Sie müssen doch wissen, warum Sie hier sind.
P: Weiß ich nicht. Ich bin doch nicht der Einsatzleiter.
S: Ja, aber Sie müssen sich doch selber etwas denken können.
P: Ich bin hier, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten.
S: Aber von wem befürchten Sie eine Störung?
P: Wir werden die öffentliche Ordnung und Sicherheit gegen jeden Störenfried sichern.
S: Sie sind doch hier mehr Polizisten, als da vorn Studenten stehen, dazu noch bewaffnet. Ist der Aufwand nicht übertrieben?
P: Ich bin doch nicht der Einsatzleiter.
S: ... (geht ab)

Studenten und Polizei am 7. Juni

riger Dialog



AlleFotos auf S. 8/9: Jens Kracheel

2. Auftritt
Ort: ebenda, Mahnwache
Zeit: 7. Juni, nachmittags
Es treten auf: 1 (anderer) Student, 1 Wehrdienstleistender

S: (ziemlich erregt): Warum seid ihr bloß hier, schämt ihr euch gar nicht?
P: Wir könn's uns nicht aussuchen wo wir hinkommen.
S: Die Uniform hast du doch freiwillig angezogen. Hast du gar keine Ideale? Denkst du bloß an die Kohle?
P: Du bist doch auch wegen der Kohle hier.
S: Hast du denn gar keine Ideale? Habt ihr denn gar keine Ideale? Knüppelt ihr für jeden?
P: Wir knüppeln doch gar nicht.
S: Habt ihr denn gar keine Ideale? Nun sag doch mal - habt ihr überhaupt Ideale?
P: - Schweigt -
S: - fragt mit wachsender Erregung noch ca. 83 mal und wendet sich dann von den inzwischen lachenden Polizisten ab. -

Das erste, ruhigere Gespräch brachte die Erkenntnis, daß der Offizier wohl wirklich nicht der Einsatzleiter war. Das zweite erheiterte die meisten Umstehenden. Miteinander reden ist also nicht sinnlos. **m f**

Freitag vormittag: Polizei sperrt Zugang zur Mahnwache am Dom

Ist Diestel nichts heilig?

Nicht genug, daß die Polizei mit ihrer Bannmeile während der Volkskammer-Tagungen den freien Zugang zum Berliner Dom verwehrt. Am 8.6. drangen Polizisten in den Dom ein, um einige Studenten herauszuholen. Den Probst der Domes, der sich ihnen entgegenstellen wollte, drängten sie einfach beiseite und sahen sich sogar sein Büro an.

Niemals vorher waren Polizisten in diese Kirche eingedrungen. Beispielsweise waren die Polizisten, die am 7.10. letzten Jahres mit einem Boot dort anlegten, auf ein Wort des Probstes wieder abgefahren.

Der Probst hat die vor der Volkskammersitzung am 14.6. zum Gottesdienst gekommenen Abgeordneten, den Vorfall mit in die Volkskammer zu nehmen oder zumindest dem Diestel zu stecken. Aber eine sich christlich nennende Regierung kann es sich wohl leisten, "ihre" (nicht war, Herr Diestel) Polizisten auf Kirchengelände zu schicken. mf

"Ich wußte gar nicht, daß *Sie* hier der Einsatzleiter sind!"

Das Allerletzte diesmal auf Seite 10:

ba252 4 bi 278 2226 3871 ADN5070
DDR/Bildung/Stipendium
Ab Juli 280 Mark Grundstipendium =

Berlin (ADN). Ab Juli wächst das Grundstipendium für Direktstudenten an Hoch- und Fachschulen in der DDR um 80 auf 280 Mark. Unter Berücksichtigung der Einkommenslage der Familie des jeweiligen Studenten werden differenzierte Erhöhungsbeträge zu diesem Grundstipendium bis zu einer Gesamtsumme von maximal 450 Mark gewährt. Diese Regelung ist Bestandteil von Sofortmaßnahmen, die der Ministerrat am Mittwoch zur "Neugestaltung der Ausbildungsförderung" beschloß. Gebühren für Wohnheime und staatliche Zuschüsse für die Mensa-Verpflegung bleiben stabil. Erhalten bleibt ebenso die kostenlose Sozialversicherung für Studenten.
Ausländische Studenten erhalten ein um 120 Mark erhöhtes Grundstipendium, das der Forschungsstudenten und planmäßigen Aspiranten steigt um 200 auf 700 Mark.
Wie die stellvertretende Regierungssprecherin Dr. Angela Merkel während der traditionellen Regierungspressekonferenz auf Anfrage mitteilte, ist im Kabinett über eine Lösung, die dem in der BRD gültigen Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) vergleichbar ist, nicht gesprochen worden. In einer Pressemitteilung des Bildungsministeriums wird darauf verwiesen, daß die Regierung zur Angleichung der Stipendien an die steigenden Lebenshaltungskosten für das zweite Halbjahr 180 Millionen Mark veranschlagt. Damit werde trotz der komplizierten Lage im Staatshaushalt die ursprünglich vorgesehene Summe um 30 Millionen Mark aufgestockt. Der Forderung der Studenten nach einer generellen, vom Einkommen der Familien unabhängigen Erhöhung der Studenten auf monatlich 495 Mark könne gegenwärtig nicht entsprochen werden. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, daß auch die bisherigen Grundstipendien von 200 Mark kein "elternunabhängiges" Studium ermöglicht hätten.
Nicht verändert wurde die Gewährung von Leistungsstipendien und von Zuschlägen, so 100 Mark monatlich nach Ableistung eines Wehrdienstes als Soldat auf Zeit oder mindestens dreijähriger Berufstätigkeit. Demnach könne ein Student bei Vorliegen aller Voraussetzungen auf ein monatliches Stipendium von 700 Mark kommen, heißt es in der Pressemitteilung. Ein Drittel aller Direktstudenten, so wird informiert, erhalten Leistungsstipendien zwischen 50 und 150 Mark.
131555 jun 90

Die Väter obiger Meldung beteuerten ihre Unzufriedenheit... Fotos: Kracheel

Resolution

Für eine Öffnung der Hochschulen - Bildung für alle!

Die Vollversammlung der Studierenden der TU verurteilt aufs Schärfste die Versuche von TU-Präsident Fricke und Wissenschaftssenatorin Riedmüller, an der TU einen flächendeckenden NC einzuführen.
Ein solcher NC bedeutet ein Abgehen vom Grundrecht auf "Bildung für alle", eine unverantwortliche Mißachtung der Koalitionsvereinbarungen zwischen AL und SPD und ein von uns nicht hinnehmbares Ignorieren der von uns im Streik des WS 88/89 gestellten Forderungen.

Ein NC bedeutet:

— Benachteiligung von bundesdeutschen und Westberliner Studierenden, da nur noch ein Teil der Studienplätze für diese zur Verfügung steht
— Benachteiligung von Frauen, da Männer aufgrund von Wehr- bzw. Zivildienst bevorzugt zugelassen werden
— Benachteiligung von ausländischen Studierwilligen, da sie nur über Quoten zugelassen werden; unter diese Quoten fallen auch AusländerInnen, die in der BRD bzw. in Berlin (West) ihr Abitur erworben haben
— Verstärkung des Leistungsdrucks an den Schulen
— den Versuch, auf diese Weise einen zusätzlichen Leistungsdruck zu schaffen und somit den Versuch in den Einstieg in ein Elitestudium
— Einstieg in den langfristigen bundesweiten NC

Wir fordern:

— unverzüglichen Ausbau der Hochschulen in der DDR und BRD (einschließlich WB) entsprechend den Studierendenwilligenzahlen
— Abbau aller Zulassungsbeschränkungen
— Demokratisierung der Hochschulen, d.h. Parität in allen Gremien der akademischen Selbstverwaltung
— Schaffung bzw. Ausbau von alternativen Lehr- und Lernformen in allen Studiengängen
— Absicherung bzw. Ausbau von Interdisziplinarität als allgemeines Prinzip aller Studiengänge
— Erhalt der Studienvielfalt an der TU Berlin
— Ausrichtungen der Hochschulen an den gesamtgesellschaftlichen Interessen, d.h. Forschung und Lehre in gesellschaftlicher Verantwortung und zum Nutzen der demokratischen Bewegungen

Wir solidarisieren uns mit der Forderung unserer Mitstudierenden in der DDR nach einer finanziellen Grundsicherung über ein Stipendium, das die Lebenshaltungskosten deckt.

Diese Resolution wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen.
DIE VOLLVERSAMMLUNG DER STUDIERENDENSCHAFT DER TU BERLIN
Berlin, den 12.06. 1990

NC-Einführung hart umkämpft

Ein Bericht von der TU Berlin/W.

Auf der Tagung des Akademischen Senats (AS) der TU am 5.Juni kam es zu heftigen Diskussionen über die flächendeckende Einführung eines Numerus clausus (NC). Der Antrag auf Vertagung der Entscheidung über die Einführung des NC wurde, trotz nachgewiesener ungenügender Vorbereitung des Problems abgelehnt (11:13:1!). Die unter der Zuhörerschaft anwesenden StudentInnen brachten ihren Protest zur NC-Frage durch rhythmisches Klatschen und Trillerpfeifen zum Ausdruck und sprengten durch ohrenbetäubenden Lärm die Sitzung.

Am 11.Juni schlug der Versuch des TU-Präsidenten Fricke fehl, die NC-Problematik schriftlich abstimmen zu lasssen. Sein Ansinnen scheiterte am Widerstand der AS-Mitglieder bezüglich der Verfahrensweise einer schriftlichen Abstimmung.

Die Aktionstage der Studierenden der TU und FU gegen den NC endeten am 13. Juni mit einer Demonstration vom Amtssitz der Senatorin für Wissenschaft und Forschung, B. Riedmüller-Sehl, zum Ernst-Reuter-Platz an der TU (siehe nebenstehenden Bericht). Bei dem anschließenden sit-in im Lichthof der TU vor dem Saal, in welchem die nächste AS-Sitzung und der erneute Versuch einer NC-Abstimmung stattfinden sollte, wurde jedoch bekannt, daß TU-Präsident Fricke die AS-Zusammenkunft aus der TU in das nahegelegene Rathaus Charlottenburg verlegt habe und die Sitzung nicht öffentlich sei.

Dies führte in einer spontanen Aktion: Trotz starken Polizeiaufgebotes belagerten Hunderte Studenten das Rathaus sowie den vorgesehenen Tagungsaal und erzwangen so eine erneute Vertagung des Problems auf den 27. Juni.

Von den StudentInnen wird nun ein Erlaß zur Einführung des NC durch Frau Riedmüller-Sehl befürchtet, die eigentlich die politische Verantwortung des von ihr gewünschten NC nicht übernehmen und den Schwarzen Peter den Universitäten zuschieben wollte. **kiki**

ANZEIGE

Unikopie

Provokante Präsenz der Polizei

Demo am 13. Juni gegen die NC-Einführung an FU und TU

Über die Lautsprecher des AStA-VW tönen die "Grundregeln im Fall eurer Verhaftung". Das kleine Einmaleins der Eskalation - recht ungewohnt für Ostberliner. Die, denen die Rede gilt, nehmen's gelassen: Routine bei der Vorbereitung einer Westberliner Demo.

Etwa 800 Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sind dem Aufruf des AStA FU gefolgt. "Bildung für alle - weg mit dem NC" ist die Losung und damit auch klar, gegen wen sich diese richtet. Wissenschaftssenatorin Barbara Riedmüller-Seel nämlich (auf der Demo liebevoll "unsere Babsy" genannt) plant die "flächendeckende" Einführung eben dieses Numerus clausus für die Freie und die Technische Uni ab kommendem Semester. Offizielle Begründung: Der Ansturm der DDR-Studenten auf die genannten Unis.

Polizei kontra Studenten — bald auch bei uns? Foto: Freytag

Freilich ein fadenscheiniges Argument, so kontert ein Redner, da sich tatsächlich nur weniger als 800 DDR-Bürger an der FU eingeschrieben hätten - knapp 10% von allen. Die saubere Recherche dieser Zahlen unterstellt, kann sich auch der unvoreingenommene Beobachter dem Einwand schwer entziehen.

Der Verdacht liegt nahe, daß chronischer Bildungsnotstand, seit Jahren überfüllte Hörsäle und fehlende Wohnheimplätze auf Kosten der Schüler angegangen werden sollen. Zulassungsbeschränkungen statt Kapazitätserweiterung - ein fauler Kompromiß, so sehen es die Demonstranten.

Mit einer knappen Stunde Verspätung (offenbar ein Gesamtberliner Phänomen!) beginnt die Demo. Rockmusik und Redebeiträge wider den NC entschädigen die Berliner Autofahrer für das Verkehrschaos auf Kaiserdamm und Bismarckstraße. Auch die Humboldt-Uni grüßt und gibt eine kurze Darstellung der eigenen Probleme. Interesse und Sympathie bei den Westberliner Kommilitonen.

Jedoch: den stärksten Beifall gibt es für Statements an die Polizei. In der Tat wirkt die ständige hautnahe Präsenz des starken Aufgebotes provozierend. So wird denn jeder Spruch begeistert aufgenommen, der angestaute Aggressionen abbaut. "Bullen, verpißt euch endlich!" wäre ein eher harmloses Beispiel. Die Angesprochenen reagieren praktisch nicht, und noch bleibt die Spannung unterschwellig.

Sie entlädt sich erst am Schluß. Als ein Teil der Studenten die Demo auf der "Straße des 17. Juni" fortsetzen will, ist der Grund zum Eingreifen gegeben - diese Strecke ist nicht "angemeldet". Mit Gewalt werden die Demonstranten von der Straße gedrängt. Lautstarke Empörung, doch die Studenten sind in der Minderzahl. Vielleicht auch deshalb bleibt es für dieses Mal bei leichten Rangeleien. **Ronald Freytag**

Letzte Information: Am späten Abend soll es doch noch einen verletzten Demonstranten und eine Festnahme gegeben haben. — d.red.

Sehr geehrtes Redaktionskollegium!
Anbei übersende ich Euch einen offenen Brief als Antwort auf Euren RCDS-Beitrag Teil 1 in UnAUFGEFORDERT Heft 12. Ich hoffe, daß aus diesem Schreiben und den beiliegenden Material*, ein trefflicheres Bild des RCDS bei Euch entsteht. Ich behalte es mir vor, den "Offenen Brief" anderweitig zu publizieren, insofern Ihr der Meinung seid, das Schreiben nicht beachten zu müssen.

gez. Volker Mroß

Dieser Meinung sind wir natürlich nicht. Wir bringen deshalb im folgenden den Brief mitsamt allen grammatischen und orthographischen Eigenwilligkeiten - d.red.

RCDS an "UnAUFGEFORDERT"

Ich möchte mich für die umfangreiche Auseinandersetzung Eurer Zeitung mit dem RCDS bedanken. Immerhin war ein einziges Flugblatt Anlaß genug, dem RCDS fast 1 $^1/_2$ Seiten einzuräumen. Da die Überschrift mit "Teil 1" versehen war nehme ich an, daß Ihr Eure Vorstellung des RCDS fortzusetzen gedenkt. Wir danken Euch für diese Wertschätzung.

Der eigentliche Anlaß meines Schreibens ist es jedoch, einige grundsätzliche Bemerkungen zu Eurer Veröffentlichung, zu treffen.

Vom Inhalt meines Flugblattes weiche ich in keiner Weise ab. Der Studentenrat hat keinerlei Legitimation, die annähernd den demokratischen Errungenschaften der "Novemberrevolution" entspricht. Höhepunkt waren bekanntlich die ersten freien, gleichen, unabhängigen, direkten und geheimen Wahlen zur Volkskammer. Auf ein vergleichbares Plebiszit kann der Studentenrat nicht zurückblicken.

"Es geht darum, das StuRa-Modell zu kippen"

Ich habe den Studentenrat in seiner Gründungsphase als neue Form der Studentenvertretung begrüßt, doch ist wie oben dargelegt, seine Rechtfertigung in jetziger Organisationsform verlorengegangen. Deshalb kann ich im Namen meiner Organisation sagen, daß wir den Studentenrat nicht akzeptieren. Somit sind sehrwohl "Anfragen oder gar Vorschläge...unter 2231-207...möglich", wenn es darum geht, das StuRa-Modell in seiner heutigen Form zu kippen.

Wenn ich an das 68er Gebaren des StuRa erinnere, so muß ich deshalb übrigens nicht selbst Zeitzeuge damaliger Ereignisse gewesen sein. Es gibt genügend Literatur (ich verweise in diesem Zusammenhang auf UnAUFGEFORDERT Heft 12), durch die man sich mit der Materie vertraut machen kann.

Was einen weiteren Punkt Eures Artikels betrifft, nämlich die "Schläfer" des RCDS zu Gründungszeiten des StuRa , muß ich auf die Geschichte unserer Universität verweisen. Der RCDS wurde 1946/47 an der Humboldt-Universität ins Leben gerufen, war jedoch durch den Alleinvertretungsanspruch der Blauhemden eines Erich Honneckers und die damals obligaten Repressalien in der SBz nicht überlebensfähig. Im Februar 1990 wurde dann eine Initiativgruppe in den RCDS-DDR e.V. umgewandelt. Dies zur geschichtlichen Wahrheit.

"Dies zur geschichtlichen Wahrheit"

Mir persönlich ist die Argumentation sehr suspekt, wenn auf die politische Vergangenheit eines unserer Mitglieder eingegangen wird. Der RCDS hat als eines seiner Grundprinzipien die Offenheit für Neuorientierungen, da wir uns nicht im Besitz der absoluten Wahrheit wähnen. Mir hingegen scheint es jedoch, daß Ihr durch die Anspielung auf die SED-Vergangenheit eines RCDSlers, indirekt zur Treibjagd auf ehemalige SED-Mitglieder aufrufen möchtet. Wir als RCDS setzen für unsere Mitglieder bestimmte weltanschauliche und humanistische Grundsätze voraus, die Ihr bitte beiliegendem Informationsmaterial* entnehmen könnt.

Übrigens kann ich den Kritiken Ronald Freytags im "Interview" an der Arbeit des StuRa nur zustimmen. Ich hoffe, daß Ihr auch die notwendigen Schlußfolgerungen zieht.

Einer Hoffnung kann ich allerdings nicht zustimmen, nämlich der, daß sich der RCDS durch sein Vorgehen nicht selbst ausgrenzen möge. Denn aus dem derzeitigen Vertretungssystem grenzt sich der RCDS sehr bewußt aus, da wir es wie oben dargelegt, nicht akzeptieren konnen.

Es steht Euch selbstverständlich frei (ja sogar gut zu Gesicht), wenn Ihr den Brief in einer Eurer nächsten Ausgaben veröffentlicht.

gez. Volker Mroß

In der Tat kann der Studentenrat nicht auch nur annähernd auf eine der "demokratischen Errungenschaften" der Novemberrevolution zurückschauen. Auf einen Höhepunkt wie die ersten freien ... kann er gut verzichten: Eine Urabstimmung ist wohl doch sinnvoll, wie die bisherige Politik der ersten freien ... eindrucksvoll lehrt. Auch die Schweizer bedienen sich dieses demokratischen Mittels recht gern und sind damit am Plebiszit näher als die ersten freien usw.

Die Rechtfertigung eines Gremiums lediglich aus der Art seiner Wahl abzuleiten, ist zum einen Frage des Demokratieverständnisses, da es die Demokratie noch nicht gab, zum anderen auf Dauer nur durch seinen Output möglich und beim Studentenrat, obwohl noch steigerungsfähig, durchaus gegeben.

Was nun den Schlaf der RCDSler angeht, so sind Gründung im 46er/47er Jahr und das Aufwachen im freien 90er allein kein Gütesiegel - die Studentenräte sind, ähnlich alt, eben eher aufgewacht, und Dornröschen schlief sogar 100 Jahre...

Die Treibjagd auf die ExSEDler wollten wir eigentlich erst in der nächsten Nummer eröffnen und zum leuchtenden Beispiel schon mal zwei unserer Redakteure aus dem Kellerfenster stoßen, allein - wir sind entlarvt und außerdem von der ersten freien ... darin schon längst auf die Plätze verwiesen, wie's scheint.

Wir veröffentlichen diesen Brief der christlich demokratisch ringenden Studenten mit Freuden und hoffen, daß sie sich damit auch andere Medien erschließen mögen. Stecher

P.S. Teil 2 ist nicht vergessen und folgt dann im neuen Semester. — d.red.

* ist in der red. einzusehen. Gruppen bitte vorher anmelden.

UnAUF: ***Sie machen einen erfreulich dynamischen Eindruck. Welchen Handlungsspielraum wünschen Sie sich in Ihrem neuen Amt für die nächste Zeit?***

Mau: Ich wünsche mir - neben meiner Tätigkeit als Kinderchirurg, die ich auf keinen Fall aufgeben werde -, daß es mir gelingt, einen Kreis von motivierten, sachkundigen und verantwortungsbewußten Mitarbeitern heranzuziehen, mit denen man die Geschicke der Medizinischen Fakultät so lenkt, daß der Erfolg der Arbeit sichtbar und die Sicherheit der Zukunft für die Charité als Teil der Humboldt-Universität erkennbar ist. Es ist nicht das Privileg einer bestimmten ideologischen Gruppe, ein guter Mensch zu sein oder gute Arbeit zu leisten, und wir wollen möglichst viele zu der Überzeugung bringen, daß sie unabhängig von ihren weltanschaulichen Bekenntnissen in der Zukunft ihren Platz haben, wenn sie bereit sind, der Gesellschaft zu dienen.

Ich wünsche mir, daß der Handlungsspielraum für den Dekan so groß ist, daß er die personellen Entscheidungen, die zweifellos getroffen werden müssen, vorbereiten kann und daß er die Chance hat, diese Veränderungen so gut vorzubereiten, daß sie vom Parlament der Charité - das ich nach wie vor als das wichtigste in dieser Richtung betrachte - getragen werden. Ich meine nicht, daß in Zukunft Einzelentscheidungen auf allen Ebenen die Basis der Führungspolitik sein können, sondern daß wichtige Entscheidungen von einem demokratisch legitimierten Gremium getragen werden müssen.

UnAUF: ***D.h. Sie können sich durchaus vorstellen, bestimmte Entscheidungen in Eigenverantwortung und ohne vorherige Absprache mit dem Charité-Parlament zu treffen?***

Mau: Über Sachentscheidungen kann nicht parlamentarisch abgestimmt werden. Es kann darüber abgestimmt werden, ob Sachentscheidungen von Einzelnen getroffen werden können, ob eben diese Leute das Vertrauen haben. Es ist mein Problem, dem Parlament eine solche Führungsriege vorzustellen. Das ist momentan meine schwierigste Aufgabe.

"Der Studentenrat ist ein >essential<"

UnAUF: ***Welche Rolle sieht der Dekan der zukünftigen Medizinischen Fakultät in dieser für die Studentenvertretung, sprich: den Fakultätsstudentenrat?***

Mau: Der Studentenrat ist ein "essential", unbedingt notwendig, da die Studenten die zahlenmäßig größte Gruppe darstellen. Aber es muß erkannt werden, daß sie eine wechselnde Gruppe sind, und 5.000 Studenten, die eine "vorübergehende" Erscheinung im Geschehen der Charité sind, haben eine andere Bedeutung als 5.000 Schwestern, deren Existenz an der Charité hängt. Darum finde ich die Fraktionen sehr gut, weil sie einfach auffordern, die Rechte und

UnAUF sprach mit Prof. Mau, dem neuen Dekan des Bereichs Medizin

Das schnelle und flexible Bein

Pflichten der unterschiedlichen Gruppen auch sauber getrennt wahrzunehmen.

UnAUF: ***Was halten Sie von einer Quotierung im Charité-Parlament, die der gegenwärtigen des Uni-Konzils entspricht?***

Mau: Ich hätte sie anders gemacht, wobei mich die Meinungen, die innerhalb der Verhandlungen des Parlaments geäußert wurden, auch durchaus beeinflußt haben. Ich akzeptiere heute die Einwände gegen das Setzen von Kandidaten *[47 Institutsdirektoren wurden in das Charité-Parlament "gesetzt", also ohne Wahl Mandatsträger - U.T.]* und bin dabei, einen Modus zu suchen, der die hohe persönliche Verantwortung der Klinikdirektoren auf der einen Seite widerspiegelt und auf der anderen Seite die demokratische Legitimierung der Mitglieder des Parlaments. Wir werden darüber diskutieren.

UnAUF: ***Ihre ursprüngliche Vorstellung war?***

Mau: Meine ursprüngliche Vorstellung war, daß die ordentlichen Professoren *[= Institutsdirektoren - U.T.]*, die wissenschaftlichen Mitarbeiter *[= außerordentliche Professoren, Ärzte, Dozenten - U.T.]*, das Pflegepersonal, die technischen Mitarbeiter und die Studenten jeweils einen Block bilden, ensprechend der unterschiedlichen Interessenlage.

UnAUF: ***Sie würden eine Quotierung entsprechend dem Konzil mit nur 4 Fraktionen (Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter, techn. Angestellte Studenten) im Charité-Parlament zumindestens für problematisch halten?***

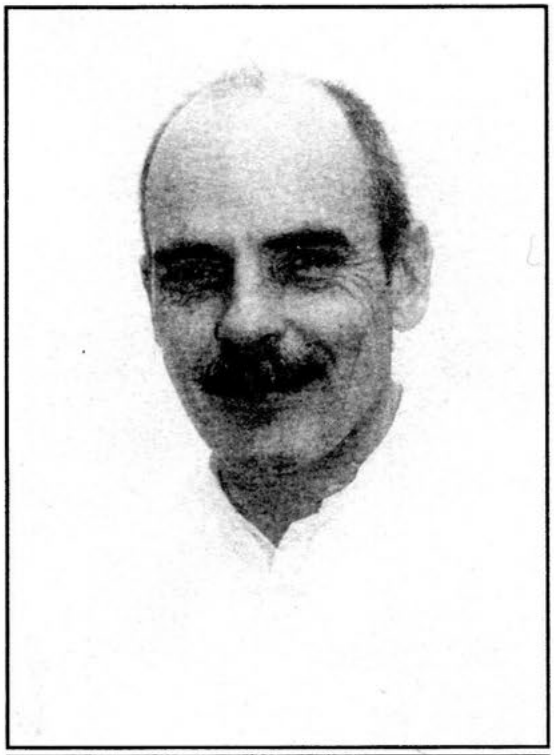
Mau: Ich würde sie als nicht gut betrachten. Es wäre mein Vorschlag, das zu ändern.

UnAUF: ***Was hält der neue Dekan von der Idee einer Gesamtberliner Medizinischen Fakultät, also einem Zusammenschluß der Medizinischen Fakultäten von FU und HUB ?***

Mau: Nichts hält er davon. Weil er sich erstens den Traditionen der Humboldt-Universität und der Charité verpflichtet fühlt, und zweitens, weil ich in diesem Zusammenschluß nur neue Probleme und nicht die Lösung irgendeines bestehenden erkenne. Wir haben zu oft Dinge geändert, ohne sie zu verbessern.

UnAUF: ***Wie stehen Sie zum Numerus Clausus im Fach Medizin oder einer wie auch immer gearteten Zulassungsbeschränkung entsprechend den Ausbildungkapazitäten und was sagen Sie zur Stipendiensituation?***

Mau: Zum NC möchte ich sagen, daß ich ihn aus Gründen des Demokratieverständnisses grundsätzlich ablehne und daß er auch gegen Verfassungsrechte, wie dem der Chancengleichheit und dem gleichen Recht auf Bildung für alle, verstößt. Daß wir z.Z. aus Gründen der wirtschaftlichen Beschränkung nicht jedem, der diese Studienrichtung einschlagen will, einen Platz garantieren können, ist ein einfaches quantitatives Problem. Wir sollten uns aber ganz schnell bemühen, Bedingungen zu schaffen, damit wirklich jeder, der den Wunsch hat, sich geeignet fühlt und von einem Gremium für geeignet befunden wird, studieren kann. Wir sollten daran denken, eine Aufnahmeberatung durch ein zusätzliches Gremium einzuführen.



Charité-Boss Prof. Harald Mau Foto: Harre

UnAUF: ***...das aber nicht alleinig über eine Studienzulassung entscheidet?***

Mau: Keinesfalls, denn dieses Gremium soll kein Entscheidungsgremium, sondern ein beratendes sein.

"Wir haben zu oft Dinge geändert, ohne sie zu verbessern"

UnAUF: ***Und wie stellen Sie sich die Zusammensetzung vor?***

Mau: Ich stelle mir vor, daß es Studenten aus dem 3. und 4. Studienjahr, die an bildungspolitischer Arbeit interessiert sind, zusammen mit Frauen, die studieren, enthält - so etwas wie eine Selbsthilfegruppe für Studienanfänger. Es soll kein Gremium sein, das Beschränkungen oder Zulassungen verteilt, sondern Entscheidungshilfen gibt.

UnAUF: ***Wem soll letztendlich die Entscheidungsfindung zukommem, wer einen Studienplatz erhält oder nicht?***

Mau: Bei einem Angebot, das größer ist als die Kapazität der Uni, muß ein objektives, randomisierendes Verfahren gefunden werden, was dem Einzelnen zuordnet: du mußt ein Jahr warten, du mußt zwei Jahre warten. Und wahrscheinlich bringt das heute nur der Computer.

UnAUF: ***Was halten Sie von der gegenwärtigen Stipendiensituation?***

Mau: Das Stipendium ist jetzt definitiv zu niedrig. Orientieren müssen wir uns an der Höhe des BaFöG. Rückzahlung ist eine schlechte Sache. Stipendium muß höher sein, aber auf der anderen Seite muß Studenten viel mehr Gelegenheit gegeben werden, in ihrer Freizeit Einkünfte zu erzielen.

"Die Situation ist unklar"

UnAUF: ***Wie ist die wirtschaftliche Situation der Charité im Augenblick?***

Mau: Die Situation ist unklar. Das liegt daran, daß unser Staatshaushalt noch nicht fixiert und auch der Haushalt der Charité noch nicht in allen Posten fertig ist. Die Wirtschaftsform wird sich in Zukunft ändern, da ja das, was an Betreuungskapazität - also rein gesundheitsbezogene Leistungen - nach einem anderen Modus honoriert wird als Forschung und Lehre.

UnAUF: ***Ist die Charité Uni- oder kommunales Eigentum? Wird sich an dem Status in nächster Zeit etwas ändern?***

Mau: Universitäten sind Eigentum des Staates. Die Kliniken und Institute der Charité ebenfalls. Das möchten sie tunlichst auch bleiben. Was aber wichtig ist, daß wir in Zukunft mit privatwirtschaftlich geführten Einrichtungen, für die andere Geldgeber und Investoren herangezogen werden können, eng zusammenarbeiten werden. Das ist eine u.U. schnelle und flexible Möglichkeit, zusätzlich Kapazitäten in der Forschung und Betreuung zu etablieren.

UnAUF: ***Wie stellen Sie sich zur Drittmittelforschung in der Charité?***

Mau: Das wird ein ganz wichtiges Bein sein, mit dem wir in der Zukunft stehen müssen, weil es das schnelle Bein ist. Das flexible Bein, mit dem wir wirklich große Schritte machen können; und auch mal einen Schritt zur Seite, der so nicht vorgesehen war. Drittmittelforschung ist überhaupt der Weg, in dem effektiv Forschung betrieben werden kann. Denn Grundlagenforschung kann natürlich nur aus langfristig feststehenden Mitteln finanziert werden. Selbstverständlich staatlichen.

UnAUF: ***Welche dringlichste Aufgabe sehen Sie in der nächsten Zukunft für sich?***

Mau: Die wichtigste Aufgabe ist, die Verwaltungsstrukuren handlungsfähig zu erhalten, und daß es nach der Währungsunion keine wirtschaftlichen Einbrüche gibt.

für UnAUFGEFORDERT fragte:
Uwe Tigör

Chaos in der Charité

Das neue Parlament löst sich bald wieder auf

Schon nach der ersten Viertelstunde der 1. Tagung des Charité-Parlaments war klar, es würde chaotisch werden. Nur 50% der anwesenden Parlamentsmitglieder hielten dieses Parlament für demokratisch gewählt und legitimiert. Die restlichen 50% hatten daran so ihre berechtigten Zweifel. Paradoxien gibt es ja öfter: es hielten sich nämlich genau die 50% ordentlichen Professoren für legitimiert, die justament überhaupt nicht gewählt, sondern gesetzt worden waren.

Die Diskussion, was zu geschehen hätte und wie zu verfahren wäre, war heiß. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter stellten das Parlament in Frage und verlangten Änderungen der Mehrheitsverhältnisse durch Zuwahlen. Die Studentenfraktion plädierte für die Auflösung dieses unparitätischen, undemokratischen Gremiums und Neuwahl auf der Grundlage der Konzilsquotierung. Unterstützt wurde diese Forderung durch die offene Mißbilligung des Senats der HUB für das Vorgehen bei der Wahl.

Da Neuwahlen nicht so schnell zu realisieren waren, die Medizinische Fakultät aber dringend einen neuen Dekan brauchte, wurde unter Zustimmung der Studentenfraktion folgender Kompromiß beschlossen:

Das Parlament wählte zunächst entsprechend seiner Tagesordnung den neuen Dekan. Von den vier zur Wahl stehenden Kandidaten machte Prof. Mau (siehe unser Interview auf S. 12!) das Rennen. Er war der Kandidat, den auch die Mehrheit der Mitglieder der studentischen Gruppe unterstützte.

Im Anschluß daran bestätigte das Parlament eine paritätisch besetzte Statutenkommission. Diese wird nun bis 30.6. den Entwurf eines vorläufigen Statutes vorlegen, welches den Dekan in den nächsten drei Monaten handlungsfähig machen soll. Am 4.7. wird das Charité-Parlament diesen Entwurf diskutieren und abstimmen. Danach löst es sich auf. Im September/Oktober finden Neuwahlen statt.

Dieser Kompromiß bewahrte die studentische Fraktion vor einer Zuwahl neuer Parlamentsmitglieder und die Erweiterung ihrer Fraktion auf eine Zahl, welche ohne Zweifel nie auszufüllen gewesen wäre. (Wir haben jetzt noch 4 Sitze, die wir im kommenden Studienjahr nachwählen lassen müßten). Außerdem hegen wir die berechtigte Hoffnung, die Mehrheit der Professoren bei der Ausschreibung von Neuwahlen zu brechen und eine Orientierung an der Konzilsquotierung zu erreichen. Bei der Entscheidungsfindung zu dieser Kompromißregelung beschloß man, der Mehrheitsverhältnisse wegen die gesetzten Ordinarien nicht an der Abstimmung teilnehmen zu lassen , was denn auch den wütenden Protest der Ordinarien und den Auszug einiger aus dem Sitzungssaal bewirkte.

Katrin Klein, Sprecherin der Studentenfraktion im Charité-Parlament

Un-Rat Njuhs

Kuba-Berlin-Korea und zurück

Viel Arbeit für die neue Senatorin der ausländischen Studierenden Androulla Papakyriacou - die kubanischen StudentInnen werden zurückbeordert, angeblich aus finanziellen Gründen. Ein Brief an den Botschafter der Republik Kuba, der auch vom Studentenrat der Uni unterzeichnet ist, soll verhindern, daß ihnen das gleiche Schicksal widerfährt wie seinerzeit den KoreanerInnen.

Die Senatorin weist darauf hin, daß das Bildungsministerium keinesfalls daran denkt, die Verträge zu kündigen und somit die weitere Finanzierung des Studiums gesichert sei. Der Botschafter soll die Entscheidung seiner Landsleute, das Studium in der DDR zu beenden, akzeptieren.

Rewi-Studenten streiken

Seit dem 13. Juni befinden sich die Jura-Studenten des 2. Studienjahres in einem Ausstand. Das hatte eine Vollversammlung am Abend zuvor beschlossen. Der Ausstand soll erst beendet werden, wenn einige wichtige Forderungen erfüllt sind. Insbesondere geht es um eine Neugestaltung des Studiums und der Prüfungen entsprechend den gewandelten Anforderungen. Auf dem Gebiet "Recht der BRD" soll eine solidere Ausbildung auch durch Ausschreibung der Lehrstühle und Berufung neuer Lehrkräfte erreicht werden. Außerdem fordern die Studenten gerechte Prüfungsbedingungen sowie eine Studienverlängerung um mindestens ein Jahr.

Kapitulation verhindert

In Nr. 11 forderten wir die bedingungslose Kapitulation der Einheiten in der Friedrich-Engels-Kaserne. Postwendend kam die Reaktion von Vermeidungs- und Abmistungsminister Eppelmann: Am Tag der deutschen Einheiten sollte die feierliche Übergabe stattfinden. Die Generäle standen schon Gewehr bei Fuß, da mußten Rektor und Studentenrat unverrichteterdinge wieder abziehen; die angekündigten Minister hatten damit zu tun, die dt. Einheit zu verhindern. Ein neuer Termin ist noch nicht bekannt.

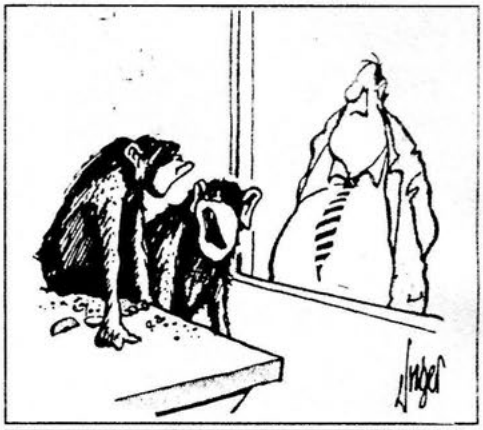
KONfusion ohne ZIeL?

Letzte Konzilstagung am 5. Juni

Seid ihr alle daaaaa...??? —— Jaaaaaa—— aber nur 51 Prozent, macht nichts, Beschlußfähigkeit, Hurraaaaa! Aber daß auch ja keiner nach der Brause nach Hause....

So etwa kann man den Beginn der letzten Hauptversammlung der universitätseigenen Korinthenka..., Verzeihung, Konzilsvertreter, umschreiben. Zunächst hatte der Vorsitzende Prof. Ebeling seinen Vorsitz zur Verfügung gestellt, was auch bitter nötig schien, denn trotz einschlägiger Kampfgruppenerfahrung konnte er keine rechte Einheit in den Mammuthaufen von über 400 Individualisten bringen. Nachdem er die erste Sitzung mit einer halbstündigen Vorlesung übers Fotografieren und Tonbandmitlaufen bei öffentlichen Veranstaltungen begann und danach, von panischer Abstimmungswut besessen, versuchte, seinen Statutenentwurf "festzuklopfen"... (Originalton Prof. WE), konnte er auch in den folgenden Sitzungen nichts anderes tun , als den vorläufigen Versuchs- Entwurf des vermutlichen Universitätsstatuts unverbindlich vom rektorwählenden Konzil mit schwindender Beschlußfähigkeit absegnen zu lassen. Da war ja anfangs olle Englisch-Meyer besser, aber der steht ja nun auch mit dem Rücken an der Diätenwand und wartet auf die D-Mark.

Am Ende war es nun endlich soweit, nach endlosen Krümelkackereien um die Empfehlung zum vorläufigen Entwurf des ..., konnte man denselben mit den paar Hanseln, die nicht auf der Sparkasse waren, verabschieden. Ist ja auch Wurscht, kommt ja sowieso das Hochschulrahmengesetz, dann gibts ja eh alles neu. In froher Erwartung nennen wir aber doch die Sektionen schon mal Fachbereiche, wobei für die ganz Schlauen noch das Hinterstübchen des unabhängigen Instituts übrigbleibt, durch das jeder ordinäre Prof. schlüpft, der noch ein paar Sympathisanten um sich schart und dann langfristig (oder befristet?) wieder mit der neuen Lage klarkommt.



"Jahrmillionen der Evolution, und das ist nun das neueste Modell!" Jim Unger

Na ja, wenigstens ham wa Magnifizenz, GOTT SEI DANK! **HOL, Konzilsmitglied**

GEFORDERT Die Anzeigenspalte

Ruhiger Student, 24, NR, sucht zum 1.10.90 ein **Zimmer/Appartment** bis 300 DM im Bereich Mitte, Prenzlauer Berg, Friedrichshain
Tel.: BRD 02267/5404 (ich rufe auch sofort zurück!) oder: Andreas Roerig, Wasserfuhr 14, 5272 Wipperführt, BRD

1 Woche Schweden
im Austausch mit schwedischen StudentInnen. Dabei übernimmt der/die jeweilige StudentIn die persönliche Betreuung des/der TauschpartnerIn. Ab September! Näheres im SSB-Büro, Cl.-Zetkin-Str. 26, Di & Do 13-17 Uhr.

Erstsemester-Info
UnAUFGEFORDERT plant eine Sonderausgabe, die den neu immatrikulierten Studenten der HU im Herbst die Orientierung erleichtern soll. Alle Sektionen, Institute, Verwaltungen, Studentenräte, Organisationen, Clubs und Einzelpersonen, die für diese Studenten nützliche Informationen loswerden oder Anzeigen aufgeben wollen, werden gebeten, diese bis spätestens 15. September, möglichst aber noch in diesem Semester (bis 8. Juli) im Büro des Studentenrates der HU abzugeben oder zu schicken an:
Red. UnAUFGEFORDERT, c/o Katrin Neuhaus, Prenzlauer Allee 209, Berlin 1055

2 Seiten Kunst in UnAUFGEFORDERT* - sie könnten von Dir sein!
UnAUF gibt jedem die Chance, der mit eigenen Gedichten, Prosatexten, Fotos, Illustrationen, Graphiken, Monumentalgemälden oder auch "nur" Ideen zur Gestaltung anderer Leute Gedichte, Prosatexte... ein paar mehr Leute erreichen will. Unsere Mittelseiten stehen zur Verfügung!
Also: Kramt in Euren Schubladen, holt das Poesiealbum wieder raus oder entstaubt die Ölgemälde - und kommt damit zur UnAUF-red. Oder schreibt uns! Adresse auf Seite 2.

* *aus aktuellen Gründen gibt's diesmal leider keine...*

China ein Jahr danach - Der Protest geht weiter

Wider das Vergessen

In der Nacht vom 3. zum 4. Juni 1989 rollten Panzerkolonnen der chinesischen "Volksbefreiungsarmee" in die Innenstadt von Peking, um die größte Volksbewegung für mehr Freiheit und Demokratie niederzuwalzen, die die Volksrepublik in den vergangenen Jahrzehnten erlebte.

Für die Todesopfer vom Juni 1989 kann nichts mehr getan werden, aber für die vielen tausend Menschen, die seit der Niederschlagung der Demokratiebewegung Schikane, Verfolgung oder Haft zu erleiden hatten, ist Engagement dringend gefordert.

Zehntausende sollen in den Monaten nach dem Armee-Massaker bei landesweiten Fahndungen festgenommen worden sein; 6000 Festnahmen werden von der Regierung offiziell eingeräumt. Zu den Festgenommenen zählten Studenten ebenso wie Bauern, Lehrer, Schriftsteller, Journalisten, Akademiker, Militärs und Arbeitslose.

Die meisten der Festgenommenen in China werden ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten, ihnen ist weder der Kontakt zu Angehörigen noch die Absprache mit einem Anwalt erlaubt. Bei vielen Hundert weiß man nicht, wo sie sind, was aus ihnen geworden ist oder ob sie überhaupt noch leben.

Mehrere Gefangene, die in jüngster Zeit freikamen, bestätigten, daß Schläge und der Gebrauch von Elektroschlagstöcken beim Verhör nach dem Massaker an der Tagesordnung waren. Der stellvertretende Generalstaatsanwalt Liang Guoqing gestand erst Ende April öffentlich ein, daß Geständnisse in der Volksrepublik häufig durch Folter erpreßt wurden.

Auf die Verhöre folgt oft die Aburteilung des Inhaftierten im Schnell- oder Massenverfahren. Die Möglichkeiten einer echten Verteidigung sind bei diesen Verfahren gleich Null. Nach der Gesetzgebung von 1983 dürfen Gerichte "Kriminelle, die die öffentliche Sicherheit stark gefährden" aburteilen, ohne daß den Angeklagten oder deren Rechtsbeistand vorher das Gerichtsdatum und der genaue Wortlaut der Anklage mitgeteilt wird.

1989 wurden von amnesty international insgesamt 273 Hinrichtungen regristiert, was aber nur die Spitze des Eisberges darstellen dürfte.

(gekürzt aus einem Material von amnesty international)

Bündnis 90 und amnesty international rufen am **28.6.1990 um 19.30 Uhr** in der Kirche Alt-Pankow zum **Protest** gegen die brutale Niederschlagung der Demokratiebewegung in China auf. Es schließt sich ein Schweigemarsch zur chinesischen Botschaft an. Dort wird auch die Resolution des Studentenrates vom 7.6.1990 überreicht. Studenten aller Sektionen, beteiligt Euch! Bringt weiße Blumen und Kerzen als Zeichen der Trauer mit.

Bündnis 90 / ai

Juli 1989: Zwei wegen angeblicher Brandstiftung zum Tode verurteilte Chinesen kurz vor der Erschießung.
Repro: Stern

ai in der ddr - auch an unserer uni!
Am 30.3. wurde **amnesty international** in der DDR gegründet. Die Arbeitsform dieser Organisation sind kleinere Gruppen. Wir wollen eine an der Uni ins Leben rufen, die ab September arbeiten wird. Interessenten melden sich bitte bei: Britta Schroth, Franz-Mehring-Platz 3/54, Berlin 1017

Ich will Sie, UnAUFGEFORDERT!

Ich möchte die nächsten ... Nummern ab Nr. ... im Briefkasten finden.
Meine Adresse:

Name Vorname

Str., Hausnr. PLZ u. Wohnort

☐ Das Geld (pro Nr. 1,-DM) liegt bar bei.

☐ Das Geld (pro Nr. 1,-DM) ist auf Euer Konto eingezahlt:
Sparkasse Berlin 6652-49-242102
bitte erst nach dem 1.7. einzahlen!

Wir garantieren, daß die bestellten Nummern zugeschickt werden, sobald das Geld auf unserem Konto auftaucht oder bar beigelegt ist.

UnAUFGEFORDERT c/o K. Neuhaus, Prenzl. Allee 209, 1055 Berlin, DDR

21.6. (Do), 10 Uhr, Brotfabrik (ehem. "Spitze"): **Die Nacht des Zauberers,** Kinderpantomime für Menschen ab 5
21./22.6. (Do/Fr), 22.30 Uhr,Kino in der Brotfabrik: **Hommage à Hölderlin,** DDR 1982
22.6. (Fr), 22 Uhr, Franzclub: **»Watercolours in the Rain«**
23.6. (Sa), 20 Uhr, Club International: **Nosferatu** (Murnau), D 1922 + **Nosferatu** (Herzog), BRD/F 1977
22 Uhr, Franzclub: **Anke Schenker** & Collage
24.6. (So), 20 Uhr, Brotfabrik. Gastspiel

AUFGEFORDERT

Die Terminspalte

"Das halbe Theater" zeigt: **Die beiden Henker**
22 Uhr, Franzclub: **1. Jazznacht im Franz,** mit Joe Sachse u. Joh. Bauer, Maggie Nicols, Duo Nabicht/Wrede
25.6. (Mo), 22 Uhr, Franzclub: "Spielbrett" - Theater aus Dresden, mit: **Zufällig eine Frau**
26.6.-1.7., Club Internat.: Spiel- u. Kurzfilmwoche, Thema: **Schwul-lesbische Identität**
29.6. (Fr), 20 Uhr, Centre Culturel Francais: **UÄLATURÄFFÄL??** Notfranzösisch für Erstreisende
22 Uhr, Franzclub: **»Just for fun«** Jazz aus Berlin
23 Uhr, Live-Club Liebigstr.: **»Modern Soul Band«**
29./30.5. (Fr/Sa), 20 Uhr, Brotfabrik. "Theater an der Spitze" zeigt: **Unter dem Milchwald** (Dylan Thomas)
30.6. (Sa), 22 Uhr, Franzclub: **»Mickele Baresi«** Ska/Latin/Jazz von Berliner Musikern
22.30 Uhr, Brotfabrik: Kino, wie es keiner mag. **"Im Alleingang",** SU 1985
02.7. (Mo), 19 Uhr, bat: **Leb wohl, Judas,** Vorauff. (Premiere am 3/4.7.)
06.7. (Fr), 20 Uhr, JK Checkpoint, Leipz. Str.: **Russische Romanzen**

KLUB WISSENSCHAFT IM MAGNUSHAUS
30.6. (Sa), 15 Uhr: Trauerfeier anläßlich der Bestattung der DDR-Mark

3. Oktober (Mi):
UnAUFGEFORDERT Nr. 15 erscheint!

UnAUF Reiseservice - die Zweite

Wie in UnAUFGEFORDERT N° 13 versprochen, ist hier nun der zweite Teil unseres Reiseservices mit Skandinavien, Brüssel und Belgrad. Aber es ist wieder anschnallen geboten, denn unter 15 DM findet man kaum ein Dach übern Kopf, es sei denn, man nimmt sich selbst eins mit. Camping ist nach wie vor, wenn auch unwesentlich, billiger.

Helsinki

Nuonjotoimistan
Retkeilymaja
Parthaniankatu 2
(tel.: 70999590)
40 Fmk\17 DM

Retkeilymaja
Academic
Hutanilmenkatu 14
(tel.: 4020206
oder: 4020525)
37 Fmk\16 DM

Camping
Rastila Camping
(tel.: 70999590)
20 Fmk\8,65 DM

Oslo

KFUM
Mlurgata
(tel.: 02\421066)
65 Kr\17 DM

Sleep Inn
Per Henwk
Lingo Allei 6
(tel.: 31265059)
65 Kr\18 DM

(tel.: 32522908)
68 Kr\18,50 DM

Stockholm

Sleep In
Gravesandstr. 51\53
(tel.: 947444)
fl 12,50\11 DM

Camping Zeeburg
Zuider-Ijdijk 44
(tel.: 944430)
fl 5,50\5 DM

Brüssel

IYHF
Maison International
205, chaussee de Wavre
(tel.: 6488529 oder 6489787)
290 BF\15 DM
mit Zelt im Garten:
220 BF\10 DM

Stockholm

IYHF at chapmen
(tel.: 103715)
85 Kr\24 DM

Gustav at Klint
Staadsdardskajes 153
(tel.: 404077)
85 Kr\24 DM

Camping
Breding Camping (sw von city)
30 Kr\8,50 DM

IYHF
Haraldsheimveien 4
(tel.: 02\155043)
135 Kr\35 DM

Camping Ekeberg
Ekebergveien 65
(tel.: 198568)
50 Kr\13 DM

Kopenhagen

IYHF Kobenhavens
Vendrevhagen
Sjaellandsbroen 55

Camping
(Campingpass 6 DM)
Bellahojcamping
Hridkildeveg
(tel.: 31 101 150)32 Kr\9 DM

Amsterdam

Christian Y.-H.
Eber Haczi
Bloemstr. 179
(tel.: 244717)
fl 13,50\13 DM

Belgrad

Studentski Dom
Tosin Bunar 151
(tel.: 609655)
$ 7\12 DM

Camping Kosutnjak
Knez Viseslava 17
(tel.: 555127)
Zelt: $ 2\3,50 DM
Person: $ 3,50\6 DM

UnAUFGEFORDERT - jetzt auch am Kiosk!

—> S-Bf. Friedrichstr.
—> S-Bf. Marx-Engels-Platz
—> Charité (Versorgungszentrum)
—> Invalidenstr./Chausseestr.
—> Oranienburger Tor
—> Uni-Hauptgebäude
—> Kiosk am Hauptbahnhof
—> S-Bf. Betriebsbf. Rummelsburg
—> S-Bf. Storkower Str.
—> U-Bf. Tierpark
—> S-Bf. Nöldnerplatz
—> Hochschule für Ökonomie
—> S-Bf. Biesdorf
—> Wohnheim Oberfeldstr.

Am Kiosk Einheitspreis 70 Pfennig

Das Allerletzte

FRANKFURT A.M., 31. Mai. Mit einem Kostenaufwand von 25 Millionen Mark hat die Bundesregierung eine Werbekampagne für den umstrittenen deutsch-deutschen Staatsvertrag angekurbelt. [...] Nach dem Regierungskonzept sollen in beiden deutschen Staaten Anzeigen geschaltet sowie Werbespots in Rundfunk und Fernsehen ausgestrahlt werden. Für das DDR-Fernsehen sei ein Zeichentrickfilm mit der Symbolfigur "Der kluge Ludwig vorgesehen. Die Figur, die dem als "Vater des Wirtschaftswunders" gefeierten Ludwig ERhard nachempfunden ist, soll den DDR-Bürgern in einer mehrteiligen Serie die "Grundweisheiten" der sozialen Marktwirtschaft schmackhaft machen [...] Zum Konzept sagte Manfred Obländer, Vizechef der Inlandsabteilung beim Bundespresseamt: "Das ist recht simpel, damit es jeder kapiert." Die Serie habe ein früherer Reporter der "Bild"-Zeitung erfunden und werde "pädagogisch geschickt" präsentiert, damit sich die Zuschauer "schon auf die nächste Folge freuen".

aus: Frankf. Rundschau, 1.6.1990